



Strategiepapier der Gewerkschaft der Polizei

Von Rüdiger Seidenspinner, Landesvorsitzender

Die Polizei des Landes muss gut aufgestellt und für ihre Arbeit vorbereitet sein. Dies erfordert nicht nur rechtliche Grundlagen für die polizeiliche Alltagsarbeit, sondern auch eine sächliche und personelle Ausstattung, die sich an den tatsächlichen Erfordernissen orientiert.

Hierzu hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Vorschläge erarbeitet, um den Belangen der Polizeibeschäftigten gerecht zu werden und auch zukünftig im Dienst für die Bürgerinnen und Bürger eine optimale Leistung erbringen zu können. Diese Vorschläge haben wir in einem breiten Diskussionsprozess entwickelt und dem Innenminister nach Fertigstellung überreicht.

Für die GdP gibt es zahlreiche Themenfelder, die einer intensiven Behandlung bedürfen. Ziel müssen nachhaltige Veränderungen sein – kurzfristige Erfolge müssen da zurückstehen. Wir brauchen Perspektiven und Verlässlichkeit. Die Umsetzung bzw. das auf den Weg



bringen wird eine unserer Aufgaben in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren sein.

Wir haben schon damit begonnen, einzelne Themenfelder in der GdP-Di@ital vorzustellen. Dies setzen wir in der „Deutsche Polizei“ fort.

Das Gesamtpapier ist natürlich online im Mitgliederbereich der GdP-Homepage zu finden. Für Diskussionsanregungen, Hinweise oder Ergänzungen haben wir eine E-Mail-Adresse geschaltet:

GdPStrategiepapier@GdP-BW.de

Macht regen Gebrauch davon, denn nur gemeinsam können wir unser Ziel erreichen.

Der Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt hat einmal gesagt: „Man kommt ja nicht ans Ziel, weil man vom Ziel geträumt hat. Sondern man kommt zum Ziel, weil man den Weg dahin gegangen ist“.

In diesem Sinne, lasst uns gemeinsam den Weg gehen, damit wir unsere Ziele erreichen.

Rüdiger Seidenspinner
GdP-Landesvorsitzender

Aus dem Strategiepapier der Gewerkschaft der Polizei

Schichtdienst innerhalb der Polizei

Eine Polizei ohne Schichtdienst ist nicht denkbar – das dürfte allen klar sein. Dass Schichtdienst krank macht ist bekannt und wissenschaftlich belegt – nur offensichtlich noch nicht in allen Köpfen angekommen. Nun gilt es, alle Erkenntnisse zusammenzuführen und zwar so, dass die Kolleginnen und Kollegen (Nichtvollzug und Beamte) nicht mehr als nötig belastet werden.

Deshalb benötigen wir

- EU-Richtlinienkonforme Schichtmodelle
- Eine Verringerung der Wochenarbeitszeit für den Schichtdienst, insbesondere für ältere Kolleginnen und Kollegen

– Garantien für den Wechsel vom Schichtdienst in den Dienstbetrieb mit weniger belastenden Arbeitszeiten ab einem bestimmten Alter oder bei Schichtdienstunverträglichkeit

– Beibehaltung der Vorsorgekuren (mind. im Zwei-Jahres-Rhythmus)

– Ausbau des Gesundheitsmanagements

– Erhöhung des Urlaubs für Schichtdienstleistende (verlängerte Erholungsphasen)

– Erhöhung der Schichtzulage (monetärer Ausgleich)

– Reduzierung der Lebensarbeitszeit für Schichtdienstler (Faktorisierung der Schichtdienstzeit)

Der Schichtdienst ist die „Feuerwehr“ im polizeilichen Alltag und somit permanent hohen psychischen und physischen

Belastungen ausgesetzt. Diese Belastungen werden durch zusätzliche Aufgaben mit wie immer häufigere Einsätze, z. B. bei Großlagen, potenziert. Freie Wochenenden, Pausen oder Ruhezeiten sind nicht mehr planbar. Ein Wust von Überstunden die Folge.

Deshalb gebührt dem Arbeits- und Gesundheitsschutz im besonders belastenden Schichtdienst oberste Priorität.

„Polizeitechnikamt“

Aus Sicht der GdP gehört die technische Ausstattung der Polizei in eine Hand bzw. in einen einheitlichen Strang gebunden. Dazu gehört nicht nur die klassisch technische Ausstattung wie

Fortsetzung auf Seite 2



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, oder in der GdP-digit@1 veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der GdP-Phone-2.0-Nummer 0 15 25-6 13 26 65.

Der Redaktionsschluss für die August-Ausgabe 2011 des Landesjournals Baden-Württemberg ist Freitag, der 8. Juli 2011, und für die September-Ausgabe 2011, Freitag, der 5. August 2011.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos, diese bitte separat zuzusenden.

Wolfgang Kircher und Thomas Mohr

Fortsetzung von Seite 1

Waffen-, Gerät- und Sonderausstattungen, sondern auch Digitalfunk und IT-Ausstattung.

Zukünftig muss gewährleistet werden, dass dieser Bereich besser koordiniert und effizienter bearbeitet wird.

Ein Polizeitechnikamt, wie in anderen Bundesländern bereits vorhanden, bringt durch Aufgabekonzentration zwangsläufig Synergieeffekte mit sich.

So manche Arbeitsgruppe – die durchaus Sinn macht – wird im Alltagsgeschäft nebenher geleistet. Dies könnte ein Polizeitechnikamt wesentlich effizienter, konzentrierter und damit professioneller erledigen. Eine einheitliche Struktur und Koordination lang anhaltender Projekte würde die Arbeit deutlich beschleunigen.

Diesem Polizeitechnikamt sind dann auch die Werkstätten angegliedert. Auf die Probleme Bestandsgarantie und Personal wurde bereits an anderer Stelle hingewiesen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Polizei eigene Werkstätten – aller Art – benötigt und hierdurch finanzielles Einsparungspotenzial bietet, z. B. durch Kleinreparaturen bei Kfz, Sonderein- und -ausbauten in Fahrzeugen etc.

Ein Polizeitechnikamt bietet eine flächendeckende Versorgung und wäre mit Außenstellen in den Regierungsbezirken als Serviceeinrichtung für die gesamte Polizeitechnik verantwortlich und zuständig.

Neben der Organisation der eigenen Technik brauchen wir auch Spezialisten, die moderne technische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Polizei und die polizeiliche Arbeit bewerten und entsprechende Reaktionsmöglichkeiten erarbeiten. Hierzu sind hochwertige Stellen im Tarifbereich erforderlich, denn es muss der Polizei gelingen, junge Universitäts- bzw. Hochschulabgänger/-innen zu gewinnen.

Polizeiorganisation

Die Polizei des Landes hat schon zahlreiche Untersuchungen und Organisationsreformen hinter sich gebracht bzw. über sich ergehen lassen müssen. Der jetzige Organisationsaufbau hat sich bewährt und sollte grundsätzlich beibehalten werden.

Dies bedeutet allerdings nicht, dass einzelne Strukturen und die Aufgabenverteilung nicht untersucht werden dürfen. Dies aber nur unter dem Aspekt der Verbesserung von Organisation

und/oder Abläufen – auf keinen Fall aus fiskalischen Gründen.

Mit Blick auf die Aufgabenanalyse sollten die LPDn mehr und mehr zu „Servicedienststellen“ werden, die die nachgeordneten Dienststellen in verschiedenen Bereichen, z. B. Logistik, Spezialistentum oder organisatorisch unterstützen bzw. ergänzen. Eine Aufgabenbündelung auf Ebene der LPDn, z. B. in bestimmten Bereichen der qualifizierten Ermittlung oder Kriminalitätsbekämpfung, lässt eine Entlastung der Kreisdienststellen erwarten.

Weitere Überlegungen in Richtung Spezialisierung, z. B. die Bildung und/oder Leitung von Sonderstäben und Sonderkommissionen, sind anzustellen. Diese könnten bei bestimmten Lagen bzw. Fällen mit dem entsprechenden „Know-how“ und der vorhandenen Erfahrung eine wertvolle Unterstützung darstellen.

Auch die Aus- und Fortbildung von Spezialisten und Fachleuten würde sich einfacher gestalten.

Eine geplante landesweite Stärkung der Landkreise geht nur im Einklang mit der polizeilichen Ebene. Allerdings müssen Gliederung und Aufbauorganisationen der einzelnen Polizeidienststellen nicht zwingend überall gleich sein.

Zu überprüfen ist die Eingliederung der LPDn als Abteilung 6 in den jeweiligen Regierungspräsidien. Auch wenn es hier und da Gemeinsamkeiten gibt, hat die Eingliederung keine wesentlichen Vorteile für die Polizei und ihre Beschäftigten gebracht.

Das LPP im Innenministerium ist aus Sicht der GdP für die strategische Ausrichtung der Polizei des Landes zuständig. Dies ist durch Aufgabendefinition, Entscheidungskompetenz und Rahmengenbung zu gewährleisten.

Die taktische und praktische Ausrichtung der Polizei erfolgt vor Ort aufgrund der getroffenen Grundsatzentscheidungen und in den gesteckten Rahmen, aber unter Einbeziehung der Dienststellen-spezifischen Gegebenheiten.

Neben einer grundlegenden Organisationsüberlegung müssen auch Entscheidungen hinsichtlich der personellen und finanziellen Grundausrüstung einer Dienststelle getroffen werden. Eine genaue Aufgabendefinition geht mit einer Zuteilung des erforderlichen Personals und ausreichender Finanzmittel einher.

Hierbei müssen verlässliche Größen vorgegeben werden. Diese dürfen nicht von der „Kassenlage“ abhängig oder ständigen Schwankungen unterworfen sein. Polizeiarbeit bedient eines der höchsten

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
GdP-Phone: (0 15 25) 6 13 26 65
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigentell:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



FÜR DIE ZUKUNFT GUT AUFGESTELLT

Grundbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, nämlich die Sicherheit.

Deshalb ist ein feststehender Personalbestand für den Vollzugs- und Nichtvollzugsbereich zu definieren. Grundlage hierfür sind zumindest die Zahlen aus dem Jahre 2003. In diesem Jahr hatte die Polizei des Landes Baden-Württemberg eine Stärke von 24.600 Polizisten/-innen und im Nichtvollzugsbereich 5.200 Beschäftigte.

Bei der personellen Ausstattung von Dienststellen sind verschiedene Parameter zu beachten. Diese sind u. a.

- Bevölkerungsdichte
- Größe im Sinne der zu betreuenden Fläche
- Belastungszahlen im Zehn-Jahres-Rhythmus und
- Topographische Gegebenheiten (Strategische Einsatzzeit X + 15 Minuten)

- Die Lage der bürgerorientierten Organisationseinheiten
- Dienststellenbezogene Besonderheiten.

Vorgabe von organisatorischen Rahmenbedingungen bringen langfristig einen effizienteren Personaleinsatz, finanzielle Verlässlichkeit und somit eine bessere und nachhaltige Aufgabenerledigung und Personalführung.

RSeid

AUS DEN KREISGRUPPEN

Jahreshauptversammlung

Am Montag, dem 23. 5. 2011, um 16.00 Uhr, fand in der Kantine des Finanzamtes Heilbronn die Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Heilbronn, statt.

Der Kreisgruppenvorsitzende Mike Scheumann konnte über 40 Mitglieder begrüßen, darunter der Ehrenvorsitzende der Kreisgruppe Heilbronn, Siegfried Holzmann, sowie der Landesvorsitzende des GdP-Landesbezirks Baden-Württemberg, Rüdiger Seidenspinner, und den Landesseniorenvorsitzenden Werner Fischer.

Nach den Formalitäten – Geschäftsbericht sowie Kassenbericht und Entlastung des Kassierers, erfolgte die Ehrung für langjährige Gewerkschaftsmitglieder. Hierbei konnte der Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner zusammen mit dem Kreisgruppenvorsitzenden Mike Scheumann insgesamt zehn Ehrungen für 25 Jahre, acht Ehrungen für 40 Jahre, zwei Ehrungen für 50 Jahre und man kann es sich kaum vorstellen, vier Ehrungen für 60-jährige Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft vornehmen.

Anschließend erfolgte der Redebeitrag des Landesvorsitzenden Rüdiger Seidenspinner.

Dieser erläuterte unter anderem die Zusammenarbeit mit der neuen Landesregierung im Bereich der inneren Sicherheit. So konnte die GdP, die hierbei als Gewerkschaft des Polizeibereichs im Beratungsteam zum Koalitionspapier der neuen Landesregierung mitarbeitete, erreichen, dass die schon lange geforderte Einführung der zweigeteilten Laufbahn in der Polizei, endlich in das Koalitionspapier aufgenommen wurde. Weitere

Themen waren unter anderem die immer noch sehr schlechte Situation der Tarifbeschäftigten und Arbeiter im Polizeibereich. Rüdiger Seidenspinner sprach in diesem Zusammenhang von einem „Tal der Tränen“.

Auch die langjährige Forderung der GdP, dass der sogenannte Freiwillige Polizeidienst abgebaut wird, konnte teilweise erreicht werden. Zumindest erfolgen keine weiteren neuen Einstellungen in diesem Bereich, denn der Bürger hat ein Recht darauf, dass in einem Streifenwagen auch ausgebildete Polizistinnen und Polizisten sitzen.

Die Altersstruktur der Polizei Baden-Württemberg, hier besonders in der Kriminalpolizei, erfordert sehr schnellen Handlungsbedarf der neuen Landesregierung. In den nächsten Jahren werden sehr viele Kollegen in den Ruhestand gehen. Hierbei entsteht ein großer Wissensverlust durch die fehlenden Erfahrungswerte der Kollegen.

In diesem Zusammenhang ist die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizeibeamte kein Ausweg. Schon heute ist die eingeschränkte Dienstunfähigkeit erheblich angestiegen.

Nach diesem interessanten Vortrag des Landesvorsitzenden konnten sich die Anwesenden auf den Vortrag des Landesseniorenvorsitzenden Werner Fischer konzentrieren. Dieser zeigte den Kollegen das Aktiv-Programm der Gewerkschaft der Polizei auf, der den Senioren und denjenigen, die es bald werden, eine große Hilfe bei der Bewältigung dieser Umstellung ist.

Als Gastredner stellte sich Herr Köhler als der Vertreter der Badischen Be-

amtenbank vor und zeigte hierbei kurz ihre speziellen Angebote für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Nach ca. 2 ½ Stunden fand diese gelungene Veranstaltung unter Applaus ihren Abschluss.



Gruppenaufnahme von links nach rechts: Mike Scheumann, Wilfried Winkler (50), Alfred Rauch (60), Gerd Winkler (25), Rolf Stäble (40), Rüdiger Seidenspinner, Heinz Bachmayer (60), Bruno Rückert (40), Werner Fischer, Herr Köhler, BBBank

SENIORENSTAMMTISCH

Der nächste Stammtisch der GdP-Senioren Heilbronn findet am Montag, dem 18. Juli 2011, um 14.30 Uhr in der Waldgaststätte „Jägerhaus“, Jägerhaus 1, in Heilbronn, Telefon 0 71 31/17 60 75, statt.

EW



Arbeitszeit

Kein Thema berührt die Gemüter so wie dieses. Deshalb hat sich die GdP ausführlich damit auseinandergesetzt. In einem Gespräch im Landespolizeipräsidium haben wir unsere Forderungen bzw. Vorstellungen dargelegt und erläutert. Sie stellen die Voraussetzungen dar, die zu einem Gelingen und zur Akzeptanz erforderlich sind.

Man war sich in diesem Gespräch dann auch darüber einig, dass die EU-Richtlinien als geltendes Recht bisher nicht umgesetzt wurden.

Zudem stand außer Zweifel, dass diese Mindeststandards der Europäischen Arbeitsschutz- und Arbeitszeitrichtlinien (2003/88/EG) seit 1996 für alle Arbeitnehmer, also auch für Beamte und damit auch für Polizeibeamte gelten.

Trotzdem wurden die Inhalte aus rein fiskalischen Gründen bisher nicht oder nur zögerlich umgesetzt. Offensichtlich wurde hier auf Kosten der Gesundheit unserer Kollegen und Kolleginnen gespart hat und soll wohl weiterhin gespart werden. Allen Gesprächspartnern war klar, dass die Einhaltung dieser Vorgaben Geld bzw. zusätzliches Personal kostet. Aber nur so ist gewährleistet, dass unsere Kolleginnen und Kollegen diesen ohnehin schon äußerst belastenden Dienst einigermaßen gesund überstehen können. Aus rechtlichen und gesundheitspräventiven Gründen muss ein Umdenken erfolgen.

Die Arbeitszeitplanung muss sich wieder mehr an den menschlichen Bedürfnissen orientieren und darf nicht weiterhin dazu missbraucht werden, die fatale Personalsituation zu überspielen. Der hierdurch schon erbrachte, rechnerische Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, der allerdings zu Lasten der Gesundheit der Kollegen und Kolleginnen im Schichtdienst ging, ist berechnen- und belegbar.

Aus rechtlichen und tatsächlichen gesundheitspräventiven Gründen muss ein Umdenken in der Arbeitszeitplanung erfolgen. Das bisherige System soll mit seinen vielen WSED-Stunden das fehlende Personal kompensieren. Auf soziale und gesundheitliche Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen wird, wenn überhaupt, nur im Einzelfall Rücksicht genommen.

Der Schichtdienst ist als „Feuerwehr“ im polizeilichen Alltag permanent hohen psychischen und physischen Belastungen ausgesetzt. Diese Belastungen werden durch zusätzliche Aufgaben, wie immer häufigere Einsätze, z. B. bei Großlagen, potenziert. Freie Wochenenden, Pausen oder Ruhezeiten sind nicht mehr planbar. Ein Wust von Überstunden die Folge.

Deshalb gebührt dem Arbeits- und Gesundheitsschutz im besonders belastenden Schichtdienst oberste Priorität.

Aus diesen Gründen muss es dringend Änderungen geben und dazu fordern wir menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitgestaltung im Sinne der Internationalen Arbeitsorganisation – dazu gehören

- klare Begriffsdefinitionen im Sinne der Richtlinien wie z. B. Pausen, Ruhezeiten, Nachtarbeit, etc. (siehe Arbeitszeitverordnung)
- Arbeitszeiten, insbesondere Schichtmodelle, die sich an den Vorgaben der Richtlinie orientieren
- verkürzte Wochenarbeitszeit für die älteren Kollegen/innen als Ausgleich für vorenthaltene Arbeitszeitverkürzungen
- Verkürzung der Wochenarbeitszeit für Schwerbehinderte
- Zuschläge für Schichtdienst, Nacht- und Sonntagsarbeit
- Gesundheitsvorsorge, z. B. durch Untersuchungen vor Beginn und dann regelmäßig während der Nachtarbeit sowie re-

gelmäßige Vorsorgekuren für stark belastende Dienste im erforderlichem Umfang

- Beibehaltung der Vorsorgekuren (mind. im Zwei-Jahres-Rhythmus)
- Ausbau des Gesundheitsmanagements
- Erhöhung des Urlaubs für Schichtdienstleistende (verlängerte Erholungsphasen)
- Erhöhung der Schichtzulage (monetärer Ausgleich)
- Garantie eines „Tagesdienstpostens“, wenn die Nachtarbeit zu gesundheitlichen Problemen führt bzw. ursächlich dafür ist oder Pensionierung ohne Versorgungsabschlüsse
- einen gleitenden Übergang in die Ruhe(stands)phase, z. B. durch Altersteilzeit für alle, Lebensarbeitszeitkonten, o. Ä.
- die Anpassung der Leer-Haushaltsstellen an den tatsächlichen Bedarf (z. B. Elternzeit)
- Rücknahme der „Opt-Out-Regelung“ (§ 67 LBG) oder zumindest die Überwachung durch die zuständigen Behörden. Diese Regelung geht zu Lasten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und trifft ganz besonders die berufstätigen Frauen, die bekanntlich und üblicherweise die Hauptlast in der Familienorganisation tragen.
- Kürzung des Versorgungsabschlages auf maximal 7,2%.

Die besonderen psychischen und physischen Belastungen begünstigen nachweislich die Dienst- und Arbeitsunfähigkeit im Polizeibereich.

– Verkürzung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde für unsere schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen analog der Arbeitszeitverordnung der Bundesbeamten.

Diese Arbeitszeit- und Arbeitsschutzvorschriften müssen durch Vorschriften mit „Gesetzescharakter“ also mindestens einer Verordnung geregelt werden. Eine VwV im herkömmlichen Sinne reicht nicht aus. Der vorbeugende Gesundheitsschutz ist eine wichtige Aufgabe des Dienstherrn.

Dies ergibt sich nach Auffassung der GdP alleine schon aus der Fürsorgepflicht für die Beschäftigten aber auch aus der Erkenntnis, dass Ausfallzeiten mit erheblichen Kosten bzw. zusätzlichen Belastungen verbunden sind.

Eine breit angelegte Gesundheitsförderung kann nicht nur zur Vermeidung von Dienst- und Arbeitsunfällen sowie berufsbedingten Erkrankungen beitragen, sondern auch die Motivation der Beschäftigten fördern, die Arbeitszufriedenheit verbessern und letztlich die Produktivität auf bekannt hohem Niveau erhalten. Arbeits- und Gesundheitsschutz ist demnach vor allem als präventive Aufgabenstellung charakterisiert. Vor diesem Hintergrund ist eine Teilnahme aller Beschäftigten in der Polizei, also auch des Nichtvollzugs, am Dienst- und Gesundheitssport zu fördern und sicherzustellen.

Wir halten es für erforderlich, ein nachhaltiges, gleichwertiges und zukunftsorientiertes Gesundheitsmanagement für alle zu etablieren und auszubauen.

Arbeitszeitmodell für den Wechselschichtdienst der Polizei BW

Das Drei-Schicht-System mit fünf Dienstgruppen wurde 1997 eingeführt,

- und nach anfänglichen Schwierigkeiten von den Beschäftigten gut angenommen
- deshalb, weil bei der damaligen Wochenarbeitszeit die freien Tage tatsächlich dienstfrei blieben



ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ

- seit der Einführung der 41-Stunden-Woche ist es aufgrund der zu leistenden WSED-Dienste mit diesen dienstfreien Zeiten vorbei. Die Akzeptanz sank deutlich.
- Es ist zwar immer noch eine relativ hohe Akzeptanz vorhanden, dies aber nur deshalb, weil die bisher angebotenen Alternativen als eine Verschlechterung empfunden wurden
- der Personalstand und die Personalstruktur zwingt zu neuen Arbeitszeitmodellen.

Ziel muss es sein:

Einen gesundheitlich besser verträglichen Schichtablauf zu entwickeln sowie die Nachtarbeitszeiten und die Wochenarbeitszeit zu reduzieren. Das letztgenannte kann auch mittels Zeitzuschlägen, die auch monetär abgegolten werden können, erreicht werden. Daraus ist die nachfolgende mögliche Schichtkonzeption entstanden.

Drei-Schicht-Modell mit Vorwärtsrotation bei drei Schichten mit fünf Dienstgruppen und Beibehaltung der jetzigen Schichtlängen.

Demnach könnte ein Drei-Schicht-Modell mit Vorwärtsrotation wie folgt dargestellt aussehen:

In diesem Schichtsystem beginnt man am ersten Tag mit dem Frühdienst, am zweiten Tag mit dem Spätdienst und am dritten Tag mit dem Nachtdienst.

Die Vorteile sind:

- Vorwärtsrotation (gesundheitlich weniger belastend)
- Ruhezeiten

Die Nachteile sind:

- Keine entsprechend großen Freizeitblocks
- Soziale höhere Belastungen
- Gesundheitliche Belastung durch elf Stunden Nachtdienst.

Beispiel: Januar 2010

1	Fr	S	F			
2	Sa	N	S	F		
3	So		N	S	F	
4	Mo			N	S	F
5	Di	F			N	S
6	Mi	S	F			N
7	Do	N	S	F		
8	Fr		N	S	F	
9	Sa			N	S	F
10	So	F			N	S
11	Mo	S	F			N
12	Di	N	S	F		
13	Mi		N	S	F	
14	Do			N	S	F
15	Fr	F			N	S
16	Sa	S	F			N
17	So	N	S	F		
18	Mo		N	S	F	
19	Di			N	S	F
20	Mi	F			N	S
21	Do	S	F			N
22	Fr	N	S	F		
23	Sa		N	S	F	
24	So			N	S	F
25	Mo	F			N	S
26	Di	S	F			N
27	Mi	N	S	F		
28	Do		N	S	F	
29	Fr			N	S	F
30	Sa	F			N	S
31	So	S	F			N

Drei-Schicht-Modell mit Vorwärtsrotation bei drei Schichten mit fünf Dienstgruppen und einer max. Schichtarbeitszeitlänge von acht Stunden.

Im nachfolgenden Beispiel wurden die Bezeichnungen Früh-, Spät- und Nachtdienst durch die entsprechend zu erbringende Arbeitszeit (in Stunden) ersetzt. Die Vorteile haben sich insbe-

sondere aus der gesundheitsorientierte Arbeitszeitgestaltung (Acht-Stunden-Dienste) verstärkt. Nicht gesund aber weniger belastend und damit gesundheitsverträglicher!!!

Januar 2010

	A	B	C	D	E
1	Fr	8	8		
2	Sa	8	8	8	
3	So		8	8	8
4	Mo			8	8
5	Di	8			8
6	Mi	8	8		8
7	Do	8	8	8	
8	Fr		8	8	
9	Sa			8	8
10	So	8			8
11	Mo	8	8		8
12	Di	8	8	8	
13	Mi		8	8	8
14	Do			8	8
15	Fr	8			8
16	Sa	8	8		8
17	So	8	8	8	
18	Mo		8	8	8
19	Di			8	8
20	Mi	8		8	8
21	Do	8	8		8
22	Fr	8	8	8	
23	Sa		8	8	
24	So			8	8
25	Mo	8			8
26	Di	8	8		8
27	Mi	8	8	8	
28	Do		8	8	8
29	Fr			8	8
30	Sa	8			8
31	So	8	8		8
Stunden	152	152	144	144	144

Zeitzuschlag für Arbeitszeiten an Sonn-/Feiertagen und Nachtarbeit

Im Tarifrecht (TV-L) wurde für Tarifbeschäftigte vereinbart, dass belastende Arbeitszeiten durch einen Zeitzuschlag abgegolten werden sollen. Der Zeitzuschlag kann in Freizeitausgleich oder finanziell ausgeglichen werden.

Im TV-L ist vorgesehen:

20% Zeitzuschlag für Nachtarbeitsstunden

35% Zeitzuschlag für Arbeit an Sonn- und Feiertagen.

Darstellung von Zeitzuschlägen im o. g. Wechselschichtdienstmodell

- Der Polizeiberuf ist in erheblicher Weise psychisch und physisch belastend. Außerdem handelt es sich um einen Beruf, der außerordentlich gefährdeter ist.

- Deshalb erscheint es uns sachgerecht, die prozentualen Zeitzuschläge für den Bereich der Polizei zu verdoppeln.

Das heißt:

40% Zeitzuschlag für Nachtarbeitsstunden

70% Zeitzuschlag für Sonn- und Feiertagsarbeit.

Anzeige

Werden Sie Mitglied beim

»Deutschen Roten Kreuz«

Durch eine Teilnahme an einem »Erste Hilfe Kurs« können Sie gerade bei Autounfällen durch schnelle Hilfe vor Ort Menschenleben retten!

Spenden Sie Blut - um anderen zu helfen - damit Ihnen auch geholfen werden kann! Gerade diese Blutspenden haben schon vielen verunglückten Autofahrern geholfen.

Dieser Eindruck wurde ermöglicht durch

Labor Dr. Gärtner

Elisabethenstraße 11, 88212 Ravensburg, Tel. 0751 / 502-0



ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ

Dienstgruppe	A	So/Fe	N a	B	So/Fe	N a	C	So/Fe	N a	D	So/Fe	N a	E	So/Fe	N a
Stunden/DGr/Jan.2010	152	34	54	152	42	48	144	24	54	144	24	50	144	26	48
N=40%			54			48			24			50			48
S=70%		34			42			24			24			26	
Zuschlag Sonntag	23,60			29,40			16,80			16,80			18,20		
Zuschlag Nacht	21,60			19,20			21,60			20,00			19,20		
Stunden incl. Zeitzuschlag (N + S)	197,40			200,60			182,40			180,80			181,40		
Stunden Tegarbeiter	152,00			152,00			152,00			152,00			152,00		
Differenz im Jan.2010	45,40			48,60			38,40			36,80			37,40		
Alternativ															
Zuschlag Nacht Finanzielle Abgeltung 40% von Stdsatz A 12	371,52			330,24			371,52			344,00			330,24		
Zuschlag Sonntag Finanzielle Abgeltung 70% von Stdsatz A 12	409,36			505,58			288,96			288,96			313,04		
Zuschlag 12,04 € Gesamter Finanzieller Ausgleich anstatt LOD im Jan.2010	780,88			835,82			660,48			646,32			643,28		

Beispielrechnung anhand Januar 2010 aus o. g. Modell

In unserem Beispiel, das wir als Diskussionsgrundlage verstehen, sind folgende Bedingungen erfüllt:

- Der Schichtumlauf ist vorwärtsrotierend und entspricht damit der dargestellten Forderung aus der Arbeitsmedizin (Frühdienst – Spätdienst – Nachtdienst).
- Die gesetzliche Ruhepause (elf Stunden nach den einzelnen Arbeitsphasen und 24 Stunden einmal wöchentlich).
- Wochenhöchst Arbeitszeit max. 48 Stunden, jedoch Aus-

gleich in der vom Europäischen Recht vorgegebenen Frist.

• Familienfreundlich und „Gesundheitsschutz“ durch individuelle Inanspruchnahme der Zeit-Zuschläge. Eine erhebliche Verkürzung der Wochen- und vor allem Nacht- und/oder Sonntagsarbeitszeit ist damit möglich.

• Alternativ kann ein angemessener finanzieller Ausgleich in Anspruch genommen werden.

Uns ist klar, dass eine Veränderung des Wechselschichtdienstes von der Rückwärts- zur Vorwärtsrotation auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen wird. Eine augenscheinliche Verkürzung der Freizeitblöcke zwischen den einzelnen Schichtumläufen kann deshalb nur durch eine Dispositionsmasse kompensiert werden.

Diese wiederum ergibt sich aus den von uns geforderten und im Tarifrecht seit langem verankerten Zeitzuschlägen. Fiskalische Beweggründe müssen hinter der Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen zurückstehen.

Wir gehen davon aus, dass auf dieser Diskussionsgrundlage weitere Gespräche geführt werden und diese Überlegungen in neue, erforderliche Regelungen einfließen werden.

Die GdP führt zu diesem Thema Personalrätekonferenzen durch, weil gerade auf Personalräte eine wichtige Funktion im Arbeits- und Gesundheitsschutz entfällt. Diese Konferenzen finden am 14. 7. 2011 in Offenburg und am 26. 7. 2011 in Böblingen statt. Näheres hierzu über die GdP-Geschäftsstelle.

RSeid

SENIOREN

10 Jahre Stammtisch der GdP-Senioren der KG PD Freiburg

Die Pensionäre der KG PD Freiburg haben Grund zu feiern, denn sie treffen sich seit mehr als zehn Jahren jeden letzten Dienstag im Monat, egal ob Sommer oder Winter, in einem schnuckeligen Gasthaus in Freiburg-Günterstal. Die Wirtin öffnet extra nur für die Stammtischbrüder das Gasthaus, weil die Bewirtung normal erst ab 17.00 Uhr erfolgt. Dadurch haben wir die Möglichkeit, auch ohne fremde Zuhörer mal so richtig über die schönen und auch weniger schöne Begebenheiten in der Vergangenheit zu lachen und zu diskutieren. Die Kollegen kommen aus Freiburg und aus dem ganzen Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald mit Bus und Bahn und PKW angefahren,

wobei wir das Glück haben, dass der Treffpunkt direkt an einer Straßenbahnhaltstelle liegt. Die Zahl der Teilneh-



mer schwankt immer so zwischen 15 und 25 Kollegen, je nachdem ob wir ein Programm haben.

Der Ehrenvorsitzende des Landes seniorenrates, Kollege Olaf Bong, war schon wiederholt als Referent vor Ort und war jedes Mal sehr zufrieden, ebenso wie Frau Rechtsanwältin Sandra Damm, der Leiterin der Rechtsabteilung der GdP-Geschäftsstelle in Eberdingen-Hochdorf. Auch die Vertreter der SIGNAL-IDUNA-Versicherung sind immer wieder gern gesehene Gäste, wenn sie über die neuesten Versicherungsangebote für Senioren sprechen.

Es wurden Museumsbesuche in einer Käserei, in einer Winzergenossenschaft, in einem Planetarium und im Europa-Parlament in Straßburg angeboten und durchgeführt.

Als weitere Referenten waren schon Mitglieder des Europa-Parlaments, Mitglieder der Bundesregierung und auch Mediziner bei den monatlichen Stammtischen anwesend, um über ganz spezielle Themen zu sprechen.

Alles in allem eine runde Sache. Was dazu führte, dass auch nicht GdP-organisierte Kollegen schon zu den monatlichen Stammtischen kamen. Auf diese Art kann man den einen oder anderen Kollegen er-

muntern, auch nach der Pensionierung bei der GdP zu bleiben.

Erwin Müller

PERSONALMITTEILUNGEN

Die GdP gratuliert herzlich

Zur Beförderung zum/zur:

Polizeikommissar

Karlsruhe PP: Christian Eberle. Pforzheim: Stephan Augenstein.

Polizeihauptmeisterin

Bepo-Biberach: Verena Hölzl.

Polizeihauptmeisterin

Ludwigsburg: Sina Stoltenberg.

Es traten in den Ruhestand:

Alb-Donau/Ulm: Wilfried Enderle.

Bepo-Göppingen: Siegfried Zimmermann.

Heidelberg: Werner Notheis.

Karlsruhe PP: Fritz Dehn. Mannheim:

Karl Haaf, Bernhard Herrmann, Wilfried Rehbein.

Stuttgart PP: Wolfgang Steingrüber.

(zusammengestellt v. A. Burckhardt)



WICHTIGE TERMINE

Seminare 2011

Für die nachfolgenden Veranstaltungen sind noch Plätze frei:

14. 7. 2011: Personalrätekonferenz zum Thema „EU-Arbeitszeitrichtlinien“ für die Regierungsbezirke Karlsruhe und Freiburg bei der PD Offenburg.

26. 7. 2011: Personalrätekonferenz zum Thema „EU-Arbeitszeitrichtlinien“ für die Regierungsbezirke Tübingen und Stuttgart bei der PD Böblingen.

Für die Personalrätekonferenzen ist ein Entsendebeschluss des Personalrats für die Übernahme der Fahrtkosten erforderlich.

Anmeldungen sind noch bis spätestens 7. 7. direkt über die GdP-Geschäftsstelle, 0 70 42/87 90, oder unter andrea.stotz@gdp-bw.de möglich.

Sollten nicht genügend Anmeldungen eingehen, behalten wir uns vor, die Konferenzen abzusagen.

LETZTE MELDUNG

Grillfest der GdP-Kreisgruppe Ludwigsburg

Am Freitag, dem 1. 7. 2011, findet ab 17.00 Uhr das Grillfest der GdP Ludwigsburg in der Kleingartenanlage Ludwigsburg, Schlieffenstraße, statt.

Für Essen und Trinken ist gesorgt.

Das Fest findet bei jedem Wetter statt, ein Teil des Grundstückes ist überdacht, so dass uns das Wetter keinen Strich durch die Rechnung machen kann.

Karen Seiter

IM INTERNET

Sozialleistungen der Gewerkschaft der Polizei

Die Sozialleistungen der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Baden-Württemberg, findet Ihr im Internet unter www.gdp-bw.de im Mitgliederbereich

WKi

FREIWILLIGER POLIZEIDIENST

Späte Genugtuung!

Der Beschluss der neuen Landesregierung, den Etat für den „Freiwilligen Polizeidienst“ einzufrieren, dürfte wohl hauptsächlich aus fiskalischen Gründen entstanden sein. Die Kolleginnen und Kollegen, die anlässlich des Delegiertentages 1963 in Konstanz in einem entsprechenden Antrag sich mehrheitlich gegen die Institution des FPD aussprachen, sehen jedoch darin auch eine gewisse Genugtuung, weil dies der Beginn sein könnte, die hierdurch verursachte Diskriminierung des Polizeiberufs und die sog. „staatlich sanktionierte Schwarzarbeit“ zu beseitigen. Die GdP steht seit dieser Zeit trotz jeweiliger Unkenrufe hinter diesem Antrag, obwohl diesem von vielen Delegierten nur zugestimmt wurde, weil ihnen das Polizeihemd näher lag als der Parteirock. Im Raum bliebe jedoch stehen, dass es jahrzehntelang möglich sein konnte, entgegen dem Prinzip „der Kosten-Nutzen-Rechnung“ durch politischen Aktionismus instinktives Machtinteresse zu betreiben; selbst die entspre-

chenden Einwände des Landesrechnungshofes im Jahr 1977 wurden von der jeweiligen Regierung ignoriert (inwieweit dadurch die Institution des Rechnungshofes abqualifiziert wurde, steht auf einem anderen Blatt).

*Mit kollegialen Grüßen
Josef Zenger*



ZUR PERSON

Josef Zenger wurde 2008 für über 60-jährige Mitgliedschaft in einer demokratischen Gewerkschaft geehrt, er war über 30 Jahre Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Waldshut-Tiengen und ist bis heute Beisitzer für Senioren und Ehrenvorsitzender der Kreisgruppe. Von 1971 bis 1988 war Josef Zenger Beisitzer für den Reg.-Bez. Freiburg im GdP-Landesvorstand und saß von 1977 bis 1985 auch im Bezirkspersonalrat. Er wurde für besondere Verdienste geehrt und ist Träger der GdP-Verdienstmedaille.





GdP-SERVICE-GMBH BW
MIT SICHERHEIT EIN GUTES GESCHÄFT



Die Vielfalt des Bauens.



Haas Fertigbau und GdP eine vertrauensvolle Partnerschaft

Musterhäuser jetzt auch in Deiner Nähe



**Erstklassige Fertighäuser
mit GdP-Sonderkonditionen.**

Mehr unter der Info-Hotline:

07042/879-0

**Jetzt anrufen und
profitieren!**

